Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 16 – Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen

Dazu sagt der europapolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen,

Bernd Voß:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 511.10 / 10.09.2010

Europaschulen entfalten Vorreiterfunktion auch über den schulischen Bereich hinaus

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden innerhalb der Europäischen Union erstmals die Handlungsfelder Bildung und Kultur benannt. In der Lissabonner Strategie 2000 formulierte der Rat erstmals das Ziel, Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Raum weltweit zu machen. Und weil das keiner verstehen sollte und man besonders Umwelt und Soziales zu integrieren vergessen hatte, hat das auch nicht geklappt.

Jetzt zehn Jahre später versucht der Rat mit der Strategie 2020 auch Bildungsziele zu integrieren. Europaschulen haben sich inzwischen auch in Schleswig-Holstein auf den Weg gemacht und besonders auch im Bereich des europäischen Austausches in der beruflichen Bildung Maßstäbe gesetzt.

Offenheit für die Perspektiven Anderer und die Entwicklung einer „europäischen Identität“ stehen bei den Europaschulen besonders im Vordergrund. Was in Schleswig- Holstein insbesondere fehlt, sind Kontakte von Europaschulen nach Skandinavien, Polen und in die baltischen Länder.

Der Gedanke der europäischen Integration ist an vielen Schulen bisher jedoch noch unterentwickelt. Darum ist es gut, dass es diese Schulen gibt. Sie üben auch Leitbildfunktion für andere Schulen aus. Darum ist es auch wichtig, dass es mehr Fortbildungsangebote für Lehrkräfte gibt, die den europäischen Gedanken befördern.

Falsch verstanden wäre die Idee der Europaschulen, wenn daraus der Schluss gezo-

gen würde, andere Schulen bräuchten sich um europäische Integration nicht mehr zu kümmern. Die Kultusministerkonferenz fordert auch Europabildung in der Schule bei der Neufassung von Lehrplänen und von Bildungsstandards für alle Schulen zu berücksichtigen.

Europaschulen können hier Vorreiter sein bei der Entwicklung eines „Europa-Curriculums“, das andere Schulen dann übernehmen können. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen gehören zu den Grundsätzen der Europaschulen. So können andere Schulen von den dort gemachten Erfahrungen profitieren.

Die Europaschulen entfalten diese Vorreiterfunktion auch über den schulischen Bereich hinaus, indem sie Partner aus Politik und Wirtschaft, Kunst und Kultur in ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit mit einbeziehen.

Vor der Fortbildung kommt die Lehrerausbildung. So früh wie möglich ansetzen ist hier sicherlich die richtige Devise. Daher setzt die Einführung eines speziellen „Europa-Referendariats“ genau an der richtigen Stelle an. Wenn zukünftig mehr angehende Lehrkräfte die Gelegenheit bekommen, einen Teil ihres Vorbereitungsdienstes im europäischen Ausland zu leisten, verfügen sie später über wertvolle Erfahrungen und Kontakte, die sie dann zum Beispiel in Projektarbeit zu europäischen Themen nutzen und an die Schülerinnen und Schüler weitervermitteln können.

Am Schluss noch eine Bemerkung zum letzten Punkt des SPD-Antrages: In den vom Bildungsministerium des Landes veröffentlichten „Grundsätzen für die Ernennung zur Europaschule in Schleswig-Holstein“ heißt es: „Den Europaschulen stehen nach den Möglichkeiten des Landeshaushalts Fördermittel des Landes für Fortbildung und Reisen zu Partnerschulen, für Auslandspraktika und für ihre europabezogenen Aktivitäten zur Verfügung.“

Wie wir alle wissen, sind die Möglichkeiten des Landeshaushaltes begrenzt. Auch über diesen Punkt würde ich gerne im Ausschuss vertieft in die Diskussion einsteigen. Es darf aber nicht so sein, wie es die Formulierung im Antrag für meinen Geschmack etwas anklingen lässt, dass hier für Empfänge Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wenn das Geld ansonsten im Bildungshaushalt an vielen Ecken und Kanten fehlt.
Hier müssen vorrangig die Möglichkeiten des Sponsorings ausgeschöpft werden. Daher würde ich mir für den letzten Punkt eine andere Formulierung wünschen.

Das meiste lernt der Mensch im Leben eben nicht aus der Theorie, sondern aus gelebter Erfahrung. Umso mehr gilt dies für Werte wie Toleranz und Solidarität oder das Bewusstsein europäischer Zusammengehörigkeit. Diese Zusammengehörigkeit kann nur erfahren werden durch direkte Kontakte und Austausch. Wir sollten den Antrag im Ausschuss nochmals intensiv beraten.

***